

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132  
E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216  
E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

### **Bundesrat lässt Wachstumsbeschleunigungsgesetz passieren Steuererleichterungen können zum 1. Januar 2010 in Kraft treten**

Am heutigen Freitag hat der Bundesrat mit den Stimmen der von Union und FDP geführten Bundesländer dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt. Damit ist die letzte parlamentarische Hürde genommen, damit das Gesetz noch in diesem Jahr rechtzeitig im Bundesgesetzblatt steht, um dann ab 1. Januar 2010 in Kraft treten zu können.



(Ein Grund zur Freude für die Koalitionsspitzen: Der Weg ist frei für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.)

Das Gesetz sieht u.a. folgende Maßnahmen vor: Das Kindergeld wird um je 20 Euro erhöht. Für das erste und das zweite Kind gibt es damit vom kommenden Jahr an monatlich 184 Euro, für das dritte 190 Euro und für jedes weitere je 215 Euro. Der Kinderfreibetrag steigt von derzeit 6.024 Euro auf 7.008 Euro. Geschwister sowie Nichten und Neffen sollen bei einer Erbschaft künftig Geld sparen.

Dazu werden bei der Erbschaftsteuer die Sätze gesenkt. Auch die Bedingungen für eine geringere Erbschaftsteuer bei der Unternehmensnachfolge werden verbessert. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz unterstreicht die neue schwarz-gelbe Koalition eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit. Es ist ein guter Auftakt für die weiteren vor uns liegenden Aufgaben.



(Hat künftig festen Platz im Parlamentsdeutsch: Wachstumsbeschleunigungsgesetz.)

Überraschend im positiven Sinne ist, dass dies selbst von jenen Teilen der Presse so gesehen wird, die uns sonst nicht eben gewogen sind. Der Wirtschafts-Chef der linksliberalen Süddeutschen Zeitung Marc Beise etwa lobt in der heutigen Ausgabe seines Nachrichtenblatts die mit erhöhter Kreditaufnahme einhergehende Steuersenkungspolitik Angela Merkels als alternativlos in der Krise

und bewertet alle Kritiker solch antizyklischer Ausgabenpolitik als kurzsichtige Nörgler. Sein lesenswerter Artikel „Hinter dem Horizont“ ist zu Ihrer Information diesem „Berlin aktuell“ beigefügt und bestätigt von unabhängiger Expertenseite die Richtigkeit unserer Politik in ihren wesentlichsten Aspekten.

Dies ist sicher auch deshalb der Fall, weil unsere Regierung hinreichend deutlich gemacht hat, dass sie keine „Politik des leichten Geldes“ auf Dauer betreiben, sondern nach Beendigung der Krise umgehend zu jener Konsolidierungspolitik zurückkehren wird, für die Union und FDP bekannt sind.



(Garant für solide Staatsfinanzen – in der Krise, vor allem aber wieder danach: Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.)

#### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- Bundeshaushalt 2010



- Aktuelle Stunde zum Afghanistaneinsatz

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch von meinem Berliner Büro unter 030 / 227 72542.

#### **NEWS AUS MEINEM MITARBEITERTEAM:**

##### **Dienstjubiläum von Katja Hermle**



Meine Heilbronner Büroleiterin beging dieser Tage ein schönes Jubiläum. Sie steht heuer genau zehn Jahre in meinen Diensten und ist damit die dienstälteste Mitarbeiterin in meinem Stab. Ich möchte ihr auch auf diesem Weg ganz herzlich gratulieren. Vor allem aber möchte ich ihr danken für die tolle Arbeit, die sie in den 10 Jahren geleistet hat. Alle Bürger, die mein Wahlkreisbüro aufsuchen, betonen stets die vorbildliche Abwicklung aller dienstlichen Angelegenheiten, und das ist ebenso Katja Hermle geschuldet wie die perfekte Gestaltung und Organisation meiner sämtlichen Wahlkämpfe. Dafür hat sie besondere Anerkennung verdient, die ich ihr in gebührender Form auch zuteil werden lasse. Hoffentlich bleibt sie mir noch lange erhalten!

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



**Strobl Mitglied im Vermittlungs- und im Gemeinsamen Ausschuss:**

## Weitere Parlamentsämter für Heilbronn CDU-MdB (Mitteilung vom 17.12.2009)



Gegen Ende der mehrwöchigen Konstituierungsphase des Bundestages wurde Thomas Strobl noch einmal mit weiteren Ämtern betraut.

So gehört der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete erneut dem sog. „Gemeinsamen Ausschuss“ an, dessen Mitglied er schon von 2005 bis 2009 war. Dabei handelt es sich um eine Art Notparlament, das in Zeiten von Krieg oder großen Naturkatastrophen zusammenkommen soll, wenn schnelles Entscheiden gefragt ist und der Bundestag in seiner Gesamtheit nicht rasch genug einberufen werden kann.

„In den 60 Jahren Bundesrepublik musste dieses Notparlament glücklicherweise nie zusammentreten und wird hoffentlich auch künftig nicht benötigt“, sagt Thomas Strobl und ergänzt schmunzelnd: „Hartnäckig halten sich allerdings Gerüchte, der Gemeinsame Ausschuss würde regelmäßig zu Übungszwecken tagen und im atomisierenden Parlamentsbunker Probesitzungen abhalten. Das ist indes reine Fama und noch nie passiert - jedenfalls nicht, seit ich Ausschussmitglied bin.“

Wichtiger für das politische Tagesgeschäft als der „Gemeinsame Ausschuss“ ist der „Vermittlungsausschuss“, in den Thomas Strobl dieser Tage neu für die laufende Legislatur berufen wurde. Der Vermittlungsausschuss besteht aus jeweils 16 Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates und hat die wichtige Aufgabe, bei Uneinigkeiten im Gesetzgebungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat zu vermitteln. Dies könnte unter Umständen schon bald erforderlich sein, falls der Bundesrat das zustimmungspflichtige Wachstumsbeschleunigungsgesetz ablehnt. „Ich denke zwar, das Gesetz wird den Bundesrat passieren, aber es ist durchaus möglich, dass wir hier bereits unsere erste Vermittlungsaufgabe vor

Freitag, den 18. Dezember 2009

uns haben. Warten wir es einfach mal ab“, schloss Thomas Strobl, der am Donnerstag auch einstimmig zum Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses im Deutschen Bundestag gewählt wurde.



(Sitz des Wahlprüfungsausschusses: Das Paul-Löbe-Haus in Berlin.)

Der Wahlprüfungsausschuss wird über 200 Wahleinsprüche betreffend die Europawahl vom 7. Juni und die Bundestagswahl vom 27. September beraten und entscheiden. Gegen die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses kann unmittelbar vor das Bundesverfassungsgericht gezogen werden.

**Folgende PM wird am Montag an die Presse gehen und erscheint hier vorab für alle Leserinnen und Leser des „Berlin aktuell“**

**Erfolg für Thomas Strobl:**

**Neuregelung der Jahreswagenbesteuerung**



Das Bundesfinanzministerium reformiert die Jahreswagenbesteuerung. Durch diese zielgerichtete Maßnahme sinkt die steuerliche Belastung der Mitarbeiter von Automobilherstellern und -händlern, die ein Fahrzeug ihres Arbeitgebers erwerben. Zukünftig werden die Finanzbehörden den geldwerten Vorteil von Jahreswagenkäufern nicht mehr anhand fiktiver Verrechnungspreise vornehmen. Stattdessen soll der Marktpreis als Berechnungsgrundlage dienen. Dies geht aus einem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen hervor, das den baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Clemens Binninger und Thomas Strobl vorliegt. Die Neuregelung ist von den Finanzbehörden rückwirkend ab dem 1. Januar 2009 anzuwenden.

*„Anders als die Abwrackprämie ist die marktgerechte Besteuerung von Jahreswagen ordnungspolitisch ein sauberes Instrument“, so Binninger und Strobl. Die marktgerechte Besteuerung des Jahreswagenverkaufs werde den Markt für Modelle deutscher Hersteller nachhaltig und langfristig beleben. Auch aufgrund der bisher gültigen steuerlichen Vorschriften sei der Verkauf von Jahreswagen an Betriebsangehörige seit 2002 stark eingebrochen. Während beispielsweise Daimler damals noch über 40.000 Fahrzeuge an Mitarbeiter verkauft habe, seien es 2008 nur noch rund 7.000 Fahrzeuge gewesen.*



(Auch der Automobilbau in der Region Heilbronn mit der Premiummarke Audi profitiert von dem nun erzielten Erfolg Thomas Strobels. Dadurch werden wichtige Arbeitsplätze gesichert. Eine schöne Botschaft zu Weihnachten für das gesamte Unterland.)

*„Unser beharrlicher Einsatz für eine Reform der Jahreswagenbesteuerung hat sich gelohnt“, sagten Binninger und Strobl. Binninger hatte sich gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Thomas Strobl bereits im April für Änderungen eingesetzt. Beim damaligen Finanzminister Steinbrück (SPD), der eine Reform ablehnte, stießen die beiden CDU-Parlamentarier aber auf taube Ohren. Nachdruck erhielt die Forderung im August durch ein Urteil des Bundesfinanzhofs, der die bisherige Besteuerungspraxis in Teilen für nichtig erklärte.*

Nach der Bundestagswahl einigten sich Union und FDP in den Koalitionsverhandlungen schnell darauf, die Jahreswagenbesteuerung zu reformieren. Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, man wolle *„die Besteuerung von Jahreswagenrabatten für Mitarbeiter zügig auf ein realitätsgerechtes Maß bringen“*. Dieses Versprechen wird jetzt eingelöst.

#### SCHLUSSWORT:

#### Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Sitzungswoche des Jahres wurden weitere Ausschussbesetzungen vorgenommen, über die ich in obiger Pressemitteilung berichtet habe. Damit ist die Konstituierung des Bundestages abgeschlossen. Dass sich dieser Vorgang über mehrere Wochen hinzog, hat nichts mit Schlendrian oder der vermeintlichen „Langsamkeit“ von Politikern zu tun.

Es ist die schlichte Fülle von zu bewältigenden Aufgaben, die zu einem solch langwierigen Prozess der Konstituierung nach einer Bundestagswahl führt. Neujustierungen, die vorgenommen werden müssen, Personal- und Inhaltsentscheidungen, die zu treffen sind, teilweise auch Umzüge wegen der Neuvergabe von Abgeordnetenbüros (wovon ich glücklicherweise nicht betroffen war), all das und vieles mehr kostet Zeit. Und so vergeht regelmäßig nach einem Urnengang bis zu einem Vierteljahr, ehe das Nationalparlament wieder zu seiner vollen Arbeitsfähigkeit zurückkehrt.

Vielleicht sollte man vor diesem Hintergrund ernsthaft darüber nachdenken, dem unlängst publizierten Vorschlag unseres Bundestagspräsidenten Prof. Lammert auf Ausdehnung der Sitzungszeit zu folgen. Norbert Lammert hatte eine Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre angeregt. Niemand weiß besser als er, dass aufgrund der beschriebenen Zwänge zur Um- und Neustrukturierung des Parlaments zu Beginn einer Legislatur (denen die Wahlkampf vorbereitung an deren Ende als ähnliche „Ablenkung“ von der eigentlichen Arbeit hinzugerechnet werden muss) bei vierjähriger Wahlperiode netto einfach zu wenig Zeit für die ho-

heitlichen Kernaufgaben bleibt. Dies ist ineffizient und beeinträchtigt über kurz oder lang die Qualität der Politik.



(Plädiert für größere Abstände zwischen den Bundestagswahlen: Präsident Norbert Lammert, CDU.)

Meines Erachtens macht deshalb der Vorschlag unseres Parlamentsoberhauptes nicht nur Sinn, sondern darf fast als Gebot der Stunde betrachtet werden. Denn gerade in Zeiten der Krise muss man alle Voraussetzungen dafür schaffen, die Qualität der Politik so weit wie nur irgend möglich zu steigern.

Man wird sehen, ob sich die Parteien insgesamt auf eine solch Effizienz fördernde Legislaturverlängerung werden verständigen können. Ich selbst werde jedenfalls dafür werben.

In diesem Sinne schließe ich für heute die Ausgabe des „Berlin aktuell“ und verbleibe einstweilen

herzlichst



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

*Herzlichen Glückwünschen,*



**Allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2010**